



## Holpriger Start in ein schwieriges Jahr

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Beginn des neuen Jahres erscheint es angezeigt darüber nachzudenken, wo wir politisch und wirtschaftlich stehen und wie sich der Ausblick auf 2016 darstellt. Dazu drängen sich folgende Stichworte auf:

Es ist offensichtlich, dass sich die **Europäische Union** in einer Existenzkrise befindet. Die Erweiterung auf 28 Staaten nach dem Vertrag von Maastricht 1992 ist viel zu schnell gegangen, und es wird immer deutlicher, dass diese 28 Staaten nicht wirklich eine Wertegemeinschaft bilden. Während die Brüsseler Bürokratie mühsam versucht, den Haufen der 28 Verbundstaaten zusammen zu halten, driften die Nationalinteressen erkennbar immer weiter auseinander. Das zeigt sich z. B. daran, dass es beschämenderweise offenbar nicht möglich ist, eine gesamteuropäische Lösung für den Umgang mit Flüchtlingen, insbesondere eine Quotenregelung zur Verteilung auf die einzelnen Mitgliedsländer, zu finden. Hinzu kommen die beklagenswerten Intentionen der national-konservativen Regierungen Ungarns und Polens, die eindeutig auf Abschottung und die Aufweichung bzw. Einschränkung demokratischer Grundsätze wie der Gewaltenteilung und Meinungsfreiheit zielen.

Ist das noch das Europa, das wir wollten? Natürlich weiß auch ich nicht, wohin die politische Entwicklung gehen wird. Aber es hätte durchaus einen gewissen Sinn, wenn am Ende eine ganz neue Architektur für Europa stehen würde. In dieser Struktur gäbe es ein Kerneuropa von – sagen wir mal – 6 bis 8 Staaten, die dann wirklich und glaubwürdig eine auf europäischer Geistesgeschichte aufbauende Wertegemeinschaft bilden und die willens und in der Lage sind, weitere Integrationsschritte zu gehen. Darum herum gäbe es eine nur auf wirtschaftlichen Interessen aufbauende lose Gemeinschaft der verbleibenden 20 Peripheriestaaten, die untereinander und mit Kerneuropa eine Freihandelszone und einen gemeinsamen Wirtschaftsraum bilden. Dann müsste ich mich nicht mehr so sehr über die Politik der National-Konservativen in Ungarn und Polen ärgern, weil deren Ideen nicht länger unter dem Dach einer angeblichen Wertegemeinschaft zu ertragen wären.

Kommen wir zur **Flüchtlingskrise** als dem Thema, das seit einiger Zeit den höchsten Stellenwert in der Medienlandschaft besitzt. Als Humanist stehe ich voll hinter der Grundsatzaussage der Bundeskanzlerin „Wir schaffen das“. Woran es aber fehlt, ist ein daran anknüpfendes Verwaltungshandeln, das erkennbar geordnet, zielführend, stringent und effektiv die Probleme des Zuzugs, der Unterbringung und Integration, notfalls aber auch der Ausweisung oder Abschiebung der Flüchtlinge regelt. Und ich habe viel Verständnis für die Sorgen vieler Bundesbürger, die wahrnehmen, wie überfordert unsere Behörden mit diesen Anforderungen offenbar sind. Staatskunst geht anders!

In ökonomischer Sicht ist davon auszugehen, dass die Flüchtlinge auf Sicht unsere öffentlichen Haushalte mit erheblichen Beiträgen belasten werden. Sie nehmen schlichtweg Teile unseres Bruttoinlandsprodukts in Anspruch, ohne zu dessen Entstehung beigetragen zu haben. In langfristiger Betrachtung kann es jedoch durchaus sein, dass die überwiegend jungen Flüchtlinge nach erfolgreicher Integration, was insbesondere ein Sprachproblem ist, der negativen demographischen Entwicklung unserer Gesellschaft entgegen wirken und durch Beitragszahlung

Meschede, Januar/Februar 2016

unsere Sozialsysteme stärken. In diesem Punkte bin ich durchaus optimistisch.

Wie sieht es mit unserem **Wirtschaftswachstum** aus? Hier hat Deutschland nahezu ein Alleinstellungsmerkmal in Europa. Wir hatten 2015 ein Wirtschaftswachstum von etwa 1,7 %, und auch für 2016 wird ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts prognostiziert, wenngleich etwas geringer als im abgelaufenen Jahr. Als Hauptstütze der konjunkturellen Entwicklung hat sich neben dem nach wie vor starken Export der robuste Konsum erwiesen. Die Menschen sind in Kauflaune, sie sparen weniger als früher und geben das Geld mit vollen Händen aus. Die Treiber für dieses Verhalten sind geringe Energiekosten aufgrund des billigen Erdöls, relativ hohe Reallohnsteigerungen bei nahezu Vollbeschäftigung und der Umstand, dass es infolge der überreichlichen Geldschöpfung durch die EZB praktisch keine Zinsen mehr für Ersparnisse gibt. Da liegt Geldausgeben nahe.

Damit steht aber das Wirtschaftswachstum nicht auf sicheren Füßen. In historischer Betrachtung war nachhaltiges Wachstum der Wirtschaft nie ohne rentable Zukunftsinvestitionen der Unternehmen möglich. Und genau daran hapert es derzeit, denn die Unternehmen halten sich mit Investitionen zurück, weil sie angesichts der Probleme in den sog. Schwellenländern, allen voran China, verunsichert sind. Dazu muss man wissen, dass die aufstrebenden Märkte mittlerweile einen Anteil von etwa 40 % an den deutschen Exporten haben und damit mehr als die Länder der Euro-Zone. Es wird durchaus die Gefahr diskutiert, dass die Weltwirtschaft nach der Subprime-Krise in den USA und der Euro-Krise von einer dritten Krisenwelle erschüttert werden könnte, wenn die einstigen Hoffnungsmärkte, diesmal ausgehend von China, Brasilien und Russland, gemeinsam in Schwierigkeiten geraten.

Einen Vorgeschmack darauf vermitteln die **Kapitalmärkte**, die ja bekanntlich immer wirtschaftliche Entwicklungen vorwegnehmen. Da haben wir in diesem Jahr einen negativen Auftakt erlebt, wie wir ihn noch nie gesehen haben. Innerhalb weniger Handelstage haben die internationalen Aktienmärkte an Marktkapitalisierung ein Volumen in der Größenordnung von mehreren Billionen US-Dollar verloren. Auch hier hat die Entwicklung ihren Ausgang in China genommen, wo die Aktienmärkte regelrecht „gecrasht“ sind und selbst zwei Handelsaussetzungen den Kursverfall nicht stoppen konnten, ein klarer Beleg dafür, dass gegen Marktkräfte bürokratische Maßnahmen nichts auszurichten vermögen. Von dort aus sind die Schockwellen über die Aktienmärkte der ganzen Welt gelaufen, der DAX z. B. hat allein seit Jahresbeginn um etwa 10 % nachgegeben. Angesichts internationaler Krisen – und davon haben wir aktuell wirklich genug – sind solche Kursschwankungen an der Börse nichts Ungewöhnliches. Schwache Tage bieten dem langfristig orientierten Anleger vielmehr die Gelegenheit, Qualitätstitel günstig einzusammeln. Das setzt antizyklisches Denken und ein wenig Mut voraus. Haben Sie ihn!

Es grüßt Sie Ihr

Wenn Sie Interesse am Nachlesen der bisher erschienenen Kolumnen haben, finden Sie diese auf unserer Homepage [www.dr-rieden.de](http://www.dr-rieden.de)